

**Stellungnahme der
GEW- Betriebsgruppe der
Stadtteilschule Lohbrügge**



Die Betriebsgruppe der STS Lohbrügge dankt der Ida-Ehre Betriebsgruppe für ihre Initiative einer Stellungnahme zum fragwürdigen Umgang der Hamburger Schul-Politik in der derzeitigen Situation. Herzlich gedankt sei auch der GEW, die uns eine Plattform hierfür bietet!

Wir Lohbrügger unterschreiben jedes Wort der Stellungnahme von BG und Elternrat Ida-Ehre und Max-Brauer.

Ergänzen möchten wir noch dies:

7 Seiten Liebeserklärung – Danke für nichts!

Sehr geehrter Herr Senator Rabe,

statt lange Briefe zu verfassen - Papier ist geduldig - handeln Sie endlich!

1. Machen Sie mit Ihren hochdotierten Stabsstellen jetzt umsetzbare Hybrid-Konzepte möglich, damit wir damit starten können, statt den Status Quo mit Worthülsen und wohlfeilen Lobeshymnen zu beschönigen. Zu echt gemeinter Wertschätzung gehört auch, sich anzuhören, wie es den eigenen Bediensteten wirklich geht.
2. Im Zuge einer Hybridlösung und angesichts einer enormen Belastungssituation für alle Beteiligten (SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen) müssen temporäre Anpassungen des Bildungsplanes vorgenommen werden, um es für SchülerInnen schaffbar und für LehrerInnen leistbar zu machen.

3. Eine temporäre Anpassung des Bildungsplanes muss aus unserer Sicht besonders dringend bei den Abschlussprüfungen bzw. -jahrgängen erfolgen! Die SchülerInnen haben z.T. Lücken durch Schulschließungen im Frühjahr, sind von Quarantäne und Hybridunterricht bzw. Fernunterricht betroffen. Dies hat starke Auswirkungen auf den Lernstand der Schüler, denn wie Sie selbst nicht müde werden zu sagen, Herr Senator, ist der Präsenzunterricht für den Lernerfolg der SchülerInnen dringend notwendig und quasi nicht ersetzbar. Es gilt die fehlenden Lerninhalte nachzuholen, wodurch mit den eigentlichen Fachthemen erst verzögert gestartet werden kann. Doch anstatt die SchülerInnen und LehrerInnen zu entlasten, wurden die Abschlussprüfungen seitens der Schulbehörde sogar noch vorgezogen, ohne dass inhaltlich reduziert worden ist. Dies setzt KollegenInnen und SchülerInnen in der ohnehin belastenden Situation unnötig unter Druck und führt besonders bei den KollegenInnen zu zusätzlicher Mehrarbeit.
4. Zu einem umsetzbaren Hybrid-Konzept gehören für uns selbstverständlich die Ausstattung, Einrichtung und Wartung von Dienstgeräten für das pädagogische Personal.
5. Sie sprechen von „Verlässlichkeit“ – es läuft aber nichts mehr normal, verlässlich und planbar im wechselnden Quarantäne On – Off, besonders für SchülerInnen mit Förderbedarf. Schaffen Sie längerfristige, verlässliche Strukturen.
6. Im Sinne unserer SchülerInnen bitten wir hierum: Verkleinern Sie die Klassen, verringern Sie Schulbusgedränge. Viele sind besorgt um ihre Familienangehörigen und kommen mit Angst zur Schule. Einige SchülerInnen müssen private Corona-Todesfälle verarbeiten und werden am „sozialen Lernort Schule“ mit Maskenschiefträgern, vollen und kalten Klassenräumen konfrontiert.

7. Viele Dinge sind anders seit 9 Monaten, aber in Schule soll alles zu 100% so laufen wie immer. Den Preis für nicht noch höhere Infektionszahlen an den Schulen zahlen die Lehrenden. Mit Maske zu unterrichten zehrt extrem an Stimme und Kraft. Unser Kollegium ist weitgehend erschöpft. Präsenzunterricht und nicht geregelte Quarantäne-Versorgung führen zu einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeitszeit und Mehrarbeit.
8. Mit dem Einzug von Inklusion und nun der Digitalisierung muss die längst fällige Anpassung der AZV, welche seit 2003 gilt und nicht maßgeblich dem zeitlichen Umfang der neuen Aufgaben angepasst worden ist, dringend erfolgen. Die neuen Aufgaben, die derzeit von KollegInnen geleistet werden, sind in keinsten Weise im AZV abgebildet.
9. Zu dem durch Corona massiv erschwerten Arbeitsalltag für das pädagogische Personal kommt außerdem eine unzureichende Kommunikationspolitik der Schulbehörde hinzu, welche weiter zur Unsicherheit und zu Bedenken der Beschäftigten beiträgt. Informationen über neue Maßnahmen zum Umgang mit Corona über Medien verbreiten zu lassen ohne vorher die Schulen zu informieren, lässt an den Schulen keine Handlungssicherheit im Umgang mit Corona entstehen. Wir fordern daher, dass die Schulen derart über Maßnahmen informiert werden, dass sie entsprechend Zeit haben, das pädagogische Personal als auch Eltern und SchülerInnen zuverlässig zu informieren und die entsprechenden Maßnahmen zuverlässig einzurichten.

gez. GEW-Betriebsgruppe Stadtteilschule Lohbrügge; 13.12.2020